

# Präsentation

Prof. Dr. Johann Peter Vogel

## Datengeschützte Schulweisheiten <sup>1)</sup>

zu Manfred Weiß:

Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland.  
Bereicherung oder Gefährdung des öffentlichen Schulwesens?

Schriftenreihe des Netzwerk Bildung der Friedrich Ebert-Stiftung, 2011

Heinrich Chlosta

<sup>1)</sup> erschienen in R&B 01/11 vom März 2011

---

# Präsentation

Prof. Dr. Johann Peter Vogel

## Datengeschützte Schulweisheiten

zu Manfred Weiß:

Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland.  
Bereicherung oder Gefährdung des öffentl. Schulwesens?

Schriftenreihe des Netzwerk Bildung der Friedrich Ebert-Stiftung, 2011

anlässlich der

### Sitzung der Elterinitiativen

am Dienstag, dem 17. Mai 2011, 20:00 Uhr  
im Mehrzweckraum der Freien Montessorischule  
Glashütter Straße 10 in D-01309 Dresden

Glashütter Straße 4  
D-01309 Dresden

*Mobil* +49-1 74 - 34 41 222  
*eMail* [heinz-josef.chlosta@huckepack-ev.de](mailto:heinz-josef.chlosta@huckepack-ev.de)

Verfasser Heinrich Chlosta

Dresden im Mai 2011



## **Inszenierung**

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---

# Inszenierung

---

Prominent der Ort	<b>Berlin, Bundespressekonferenz</b>
Prominenter Veranstalter	<b>Netzwerk Bildung der Friedrich Ebert-Stiftung</b>
Prominenter Leiter	<b>Prof. Rolf Wernstedt <sup>1)</sup></b>
Autor der Schrift	<b>Prof. Dr. Manfred Weiß <sup>2)</sup></b>
Datum der Veranstaltung	<b>9. Februar 2011</b>

1) ehemaligen niedersächsischen Kultusminister und Landtagspräsidenten

2) Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung und nicht ganz unbekannt, wenn es um datengestützte Schulweißheiten geht



# Prof. Rolf Wernstedt <sup>1)</sup> bemüht die Gespenster, um Privatschulen zu charakterisieren

Prof. Wernstedt huldigt im Vorwort den „erstmaligen“ Versuch „einer stringenten und lesbaren Studie, die einen datengestützten Eindruck des Gesamtzusammenhangs der Bedeutung und Rolle des Privatschulwesens erlaubt“.

## VORWORT

Ein Bildungs-Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst, die allgemeinbildenden Privatschulen seien qualitativ besser als die öffentlichen und würden in nicht allzu langer Zeit einen überwältigenden Zuwachs erfahren und das öffentliche Schulwesen gefährden. Der Befund ist zunächst eindeutig: Die Anmeldezahlen zu Privatschulen – sie selbst nennen sich gern Schulen in freier Trägerschaft und provozieren den Eindruck, als sei öffentliche Schulträgerschaft unfrei – und die Gründung neuer Schulen steigt seit der Wiedervereinigung Deutschlands ständig. Von 1992 bis 2008 ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Privatschulen von 4,8% auf 7,7% gestiegen. Auffallend ist die Dynamik seit dem Erscheinen der ersten PISA-Studie 2001.

Es ist daher sinnvoll, der unübersichtlichen Fülle an wissenschaftlicher, journalistischer und interessegeleiteter Literatur eine stringente und lesbare Studie vorzulegen, die einen datengestützten Eindruck des Gesamtzusammenhangs der Bedeutung und Rolle des Privatschulwesens erlaubt. Die hier vorliegende Studie von Prof. Dr. Manfred Weiß vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt versucht dies erstmals zu leisten. Neben den rechtlichen Grundlagen des Privatschulwesens kommen die unterschiedlichen Formen privater Schulen zur Sprache, die jeweils einen ganz bestimmten Adressatenkreis haben.



1) ehemaligen niedersächsischen Kultusminister und Landtagspräsidenten

Inszenierung

---

## **Medienecho**

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---



In den Tagen nach der Pressekonferenz am 9. Februar 2011 gab es ein umfangreiches Presseecho in regionalen und überregionalen Zeitungen sowie in Online-Medien

### **Privatschüler in Deutschland sind kaum besser**

Barbara Gillmann – Handelsblatt 10.02.2011

### **Studie: Privatschulen spalten die Gesellschaft**

Christoph Link – Stuttgarter Zeitung 10.02.2011

### **Privatschulen: Flucht in die Nische**

**Vor allem Bildungsbürger mit Abstiegsängsten schicken ihre Kinder an Privatschulen. Doch bessere Leistungen bieten diese kaum - das ergibt zumindest eine neue Studie.**

Amory Burchard – Tagesspiegel 10.02.2011

## Allgemeinbildende Privatschulen: Impulsgeber für das Schulsystem oder Privatisierung von Bildung?

Empfehlungen des Netzwerk Bildung / Hrsg.: Rolf Wernstedt ... [Friedrich-Ebert-Stiftung]. - 1. Aufl. [Electronic ed.] - Berlin, 2011 - 42 S. = 1 MB, PDF-File . - (Schriftenreihe des Netzwerk Bildung) - ISBN 978-3-86872-666-4

Electronic ed.: Berlin ; Bonn : FES, 2011

### Privatschulen

## Privatschulen - nur zum besonderen Nutzen ihrer Klientel?

Studie der Friedrich Ebert Stiftung "Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland" erschienen

Mehr zu: Bildungschancen, Forschung, Privatschulen, Statistik, Schule

09.02.2011 - Privatschulen, so Prof. Rolf Wernstedt, Niedersächsischer Kultusminister a.D. haben "einen innovativen, positiv zu wertenden Wettbewerbsdruck auf das gesamte Schulwesen ausgeübt", dienen aber vorwiegend dem besonderen Nutzen ihrer Klientel. <sup>1)</sup>

Im Schlusskapitel macht die Studie deutlich, dass die Trägerschaft einer Schule "**einen moderaten zusätzlichen Selektionseffekt**" ausübt, die in unserem gegliederten Schulsystem eh angelegte **soziale Segregation wird durch Schulen in privater Trägerschaft also verstärkt**.

---

<sup>1)</sup> <http://bildungsklick.de/a/77060/privatschulen-nur-zum-besonderen-nutzen-ihrer-klientel/>  
Suchbegriff: Prof. Rolf Wernstedt Allgemeinbildende Privatschulen 2011





Inszenierung

---

Medienecho

---

## **Kernaussagen der Studie**

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---



# Kein besserer Qualitätsstandard der Privatschulen

gegenüber den öffentlichen Schulen

---

Die rund 70 Seiten umfassende Schrift beantwortet, so das Vorwort, „eindeutig“ die „politisch interessante Frage, ob der behauptete bessere Qualitätsstandard der Privatschulen gegenüber den öffentlichen Schulen empirisch nachgewiesen werden kann,,

## Feststellung der Studie

1. Der behauptete bessere Qualitätsstandard der Privatschulen gegenüber den öffentlichen Schulen lässt sich empirisch nicht nachweisen
2. Die PISA-Ergebnisse geben es nicht her; International seien die PISA-Spitzenplätze von Ländern sowohl mit als auch ohne Privatschulen belegt
3. Privatschulen seien auch keine Vorreiter des pädagogischen Fortschritts, denn z. B. der Deutsche Schulpreis ging bislang „fast ausnahmslos an öffentliche Schulen,,
4. Und ob der Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen die Qualität im Schulwesen nachhaltig steigert, sei nicht eindeutig nachgewiesen; Vielfalt im Schulwesen könnten die Privatschulen schon deshalb nicht fördern, weil den Ersatzschulen der dazu erforderliche Gestaltungsfreiraum fehle



# Merkmale des Privatschulwesens: soziale und ethnische Segregation

---

1. „Selektionsbedingte Chancenungleichheiten sowie soziale und ethnische Segregation [sind] fast schon als konstitutiv zu bezeichnende Begleiterscheinungen eines parallel zum staatlichen Schulsystem existierenden Privatschulwesens“
2. „Soziale Integration ist nicht das hinter Privatschulgründungen stehende Motiv,“
3. Der Elternwunsch nach „Milieunähe und Distinktion“ begünstige „Monokulturen“. Kann dabei „die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Integrationsauftrags von Schule ..., zum Umgang mit Pluralität durch reale Erfahrung im Schulalltag zu befähigen“, gelingen?

Weiß leitete in der Pressekonferenz aus diesen „von den Privatschulen ausgehenden negativen Effekten“ (unter Betonung, dass er kein Jurist sei) ab, dass bei Neugründungen die Zügigkeit der entsprechenden staatlichen Schulart zu den Genehmigungsvoraussetzungen gehören müsse<sup>1)</sup>. Er machte sich damit eine Forderung zu eigen, die schon verschiedentlich aufgetaucht ist, allerdings verfassungsrechtlicher Überprüfung nicht standhalten dürfte.

---

<sup>1)</sup> dieser Ansatz findet sich auch in der Gesetzesänderung in Sachsen wieder.



Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

**Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“**

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---

# Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

**Die Behauptung, Schulen in freier Trägerschaft seien „besser“ als staatliche, wird von vielen Menschen gebraucht, am wenigsten von den freien Trägern selbst, die sehr wohl wissen, dass es hervorragende staatliche Schulen gibt.**

Besonders sind es die Eltern, die diese Meinung vertreten - in der Regel aufgrund der Erfahrungen, die sie mit ihren Kindern machen. Ob sie dabei den Qualitätsstandard des Unterrichts meinen, kann offen bleiben; in der Regel ist es die Zuwendung der Lehrer zum Schüler, das Klima. Wenn z. B. Berliner Eltern abends die Fernsehnachrichten sehen, vergehen keine drei Wochen ohne einen Bericht über erneut eintretende Unterrichtsausfälle, über Lehrermangel und hohen Krankenstand, über verkommene Schulgebäude, über Auseinandersetzungen mit Unterschicht-„Migranten“ etc.

Es ist deshalb nicht sehr überzeugend für sie, wenn eine PISA-Statistik ihnen klar machen soll, dass die erfahrenen Leistungen ihrer Schüler statistisch - nach Bereinigung hinsichtlich des sozioökonomischen Hintergrunds (also Abzug von den tatsächlichen Leistungen) - keine Besserstellung gegenüber staatlichen Schulen ergeben.



Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

## **Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten**

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---

# Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Nachvollziehbar sind die PISA-Daten ohnehin nur teilweise:

- PISA-Daten stehen unter Verschluss
- Weiß arbeitet mit den Daten von vor zehn Jahren, obwohl es inzwischen weitere Umfragen gab, deren Ergebnisse aber auch für ihn weithin unzugänglich sind.

**Es ist erstaunlich, in welchem Umfang PISA-Daten als unhinterfragbare Wahrheiten gehandelt werden, obwohl sie weder vollständig noch aktuell öffentlich vorliegen.**

Weiß behilft sich deshalb mit anderen, auch internationalen Daten

**Statistiker wissen, in welchem Maße unterschiedliche, noch dazu ausländische Umfragewerte wissenschaftlich solide miteinander kombiniert werden können.**

Mit Recht sagt Weiß, dass „Privatschule“ in jedem Land eine andere Funktion hat und eine andere Rolle spielt; **das macht das statistische Spiel nicht vertrauenswürdiger.**

Schließlich sind Freie Schulen in Umfragen häufig zwar nicht unterrepräsentiert, aber zahlenmäßig so gering vertreten, dass der Aussagewert zu wünschen übrig lässt. Waldorfschulen etwa hatten sich für PISA bereit erklärt; es fehlten dann aber die erforderlichen öffentlichen finanziellen Mittel, um sie teilnehmen zu lassen.



Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

## **Soziale Integration als Prüfstein**

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---





# Soziale Integration als Prüfstein

---

Weiß will aber nicht nur beweisen, dass Freie Schulen nicht besser sind, sondern greift grundsätzlich die Frage auf,

**welche Rolle Privatschulen überhaupt spielen und ob diese Rolle politisch wünschenswert ist.**

Prüfstein ist dabei - jenseits von Bildung und Kenntnisvermittlung - **allein die Integration.**

Schule (als „Schule der Nation“) hat, so Weiß, die Aufgabe, Pluralität erfahrbar zu machen.

Wenn von den Schulen in freier Trägerschaft festgestellt wird, dass soziale Integration nicht das hinter Privatschulgründungen stehende Motiv sei, wird „Integration“ offenbar nur verengt in Bezug auf das Verhältnis zu Unterschichten-„Migranten“ gesehen.

**In der Tat werden Freie Schulen nicht von bildungsfernen Schichten gewählt; diese wählen auch nicht unter verschiedenen staatlichen Schulen aus.**



# Integration ist mehr als soziale Integration

---

Aber Integration findet auch auf anderen Feldern statt:

1. Waldorfschulen beschulen behinderte und nichtbehinderte Schüler bis hin zur Inklusionspädagogik (dies musste erst prozessual durchgesetzt werden)
2. integrieren Reform-Internatsschulen (Landerziehungsheime) einkommensschwache Schüler der Jugendhilfe mit Schülern aus wohlhabenden Verhältnissen
3. Schüler aus aller Herren Länder (vom Fahrer-Sohn bis zur Direktors-Tochter, bezahlt von den Betrieben) werden in Internationalen Schulen zusammengebracht; arabische Kinder aus bildungsnäheren Kreisen lernen überall ohne Probleme zusammen mit deutschen Schülern
4. Schließlich: die Montessorischulen verbinden Schüler aus unterschiedlichen Jahrgängen in jahrgangsübergreifenden Klassen (auch hier musste die Möglichkeit erst durch Prozesse geschaffen werden)

Integration erschöpft sich nicht nur im Abbau sozialer Ungleichheiten, sondern wirkt auch durch Vergemeinschaftung im Wege der Wertevermittlung.

Von alledem in den Statistiken - und damit in Weis' Ausführungen - keine Spur.



# Bildungsferne der Eltern ist eigentliche Ursache sozialer Selektion

---

Was soll im übrigen die Feststellung mangelnder sozialer Integration, die nicht von den Schulen, sondern von der Bildungsferne hervorgerufen wird?

Auch staatliche Schulen sind nicht gegen soziale Selektion und Distinktion gefeit.

**Bildungsferne der Eltern ist weder durch gleiche Finanzierung noch durch „Schule für alle“ abzustellen; entsprechende Förderung der Kinder in mehrjährigem Kindergarten und aufmerksamer Grundschule dürfte sehr viel erfolgreicher sein.**

Ob dabei in Deutschland Grundschulen in freier Trägerschaft im Wege stehen, müsste erst bewiesen werden: Konfessionelle Grundschulen waren seit je mit Hilfe zuweisender Priester und Pfarrer Aufstiegsschulen.

Nichtkonfessionelle Grundschulen in freier Trägerschaft müssen ein besonderes öffentliches (nicht staatliches) Interesse genießen; ihre Zulassung erfolgt nicht wegen ihrer Integrationsziele oder -leistungen, sondern gem. Art. 7 (5) GG wegen der Erprobung neuer pädagogischer Wege; ihre Zahl ist prozentual unerheblich.



Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

**Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)**

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---

# Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

für die öffentliche Finanzhilfe wird kritisiert, allerdings ohne diese zu substantiieren

---

Weiß beschäftigt sich auch mit der Finanzierung freier Schulen.

Was genau er an dem betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS) für die öffentliche Finanzhilfe zu kritisieren hat, wird nicht deutlich; es stelle „sich die grundsätzliche Frage nach der Eignung der auf diese Weise ermittelten Kosten je Schüler für die Festlegung des Anspruchsumfangs“; insbesondere sei eine Gleichbehandlung freier mit staatlichen Schulen nicht zu begründen. Letzteres ist in der Tat umstritten; was besagt das aber für die Geeignetheit des Ansatzes?

Wichtig ist, dass mit diesem Ansatz zuverlässig die Kosten eines staatlichen Schülers berechnet werden können, sodass ein Maßstab vorliegt, an dem die Höhe der Kostendeckung durch die derzeitigen Finanzhilfen in den Ländern festgestellt werden kann.

Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat an der betriebswirtschaftlichen Kalkulation nichts auszusetzen gehabt.

Die andere STEINBEIS-Untersuchung über die Belastbarkeit der Haushalte zielte darauf, wie viel Schulgeld aufgebracht werden kann, damit Ersatzschulen im Sinne des Bundesverfassungsgerichts „allgemein zugänglich“ sind, d.h. „grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage [der Schüler] besucht werden“ können.

Das Schulwahlverhalten wurde nicht, wie Weiß annimmt, untersucht.



Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

**Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen**

---

Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---



# Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen für Ersatzschulen zur Eindämmung der Vermehrung freier Schulen

---

Wenn Weiß am Schluss seiner Darlegungen zu dem Ergebnis kommt, dass

- der verfassungsrechtlich erwünschte Pluralismus im Schulwesen mit höheren Kosten und
- Verlusten bei der sozialen Integration erkauft wird,

gleichwohl aber mit der Forderung nach Einbeziehung der staatlich vorgegebenen Zügigkeit in die Genehmigungsvoraussetzungen für Ersatzschulen einen Vorschlag macht, wie der Ausbreitung der freien Schulen begegnet werden kann, **wird der eigentliche Sinn der Schrift offenbar:**

**Die Schulpolitiker und Schuladministratoren offenbar erheblich beunruhigende Vermehrung der freien Schulen und gefühlte Verdrängung der staatlichen Schulen soll „datengestützt“ eingedämmt werden.**

In den neuen Bundesländern gibt es bereits eine länderübergreifende Arbeitsgruppe, die gemeinsame Schritte dazu abspricht. Die Schrift erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem Landesgesetzgeber Bestimmungen einführen, die auf der gleichen Linie wie Weiß liegen.



# Vorschlag zur Zügigkeit offenbart fragwürdige Vorstellung von Schulverfassung

---

Hinter der Absicht die Vermehrung der freien Schulen einzudämmen steht eine fragwürdige Vorstellung von Schulverfassung:

Der Staat hat - so zwar nicht das Grundgesetz, aber einige Landesverfassungen - für die Bildung der Schüler durch „öffentliche“ Schulen zu sorgen; die „Privatschulen“ sind zugelassen, soweit sie den Staat dabei nicht stören.

Das Grundgesetz meint aber etwas anderes: Der Staat hat einerseits die Aufsicht über das Schulwesen, andererseits ist das Grundrecht auf Gründung und Betrieb freier Schulen zahlenmäßig nicht begrenzt (bei Grundschulen könnte wegen des Vorrangs der Staatschule etwas anderes gelten). Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung erfüllen Schulen in freier Trägerschaft (jedenfalls die Ersatzschulen) neben dem Staat und an seiner Stelle öffentliche Bildungsaufgaben.





Inszenierung

---

Medienecho

---

Kernaussagen der Studie

---

Elternwahrnehmung gegen „bereinigte Statistik“

---

Nachvollziehbarkeit der PISA-Daten

---

Soziale Integration als Prüfstein

---

Betriebswirtschaftlichen Kalkulationsansatz (STEINBEIS)

---

Vorschlag Weiß: Zügigkeit als Genehmigungsvoraussetzungen

---

**Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“**

---

# Ausblick zu „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“

---

Würde korrekt von „Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft“ gesprochen (was in der Schrift von Weiß nach dem Willen der Herausgeber nicht geschieht), wäre der Weg frei, staatliche wie freie Schulen als das zu bezeichnen, was beide sind: „öffentlich“.

Dann könnte auch darüber nachgedacht werden, wie sich der Staat, statt über verfassungsrechtlich zweifelhafte Tricks zur Eindämmung freier Schulen zu sinnen, zur Bildung der Schüler auch öffentlicher Schulen in freier Trägerschaft bedienen könnte. Wenn der Staat sich aus fiskalischen Gründen auf Mehrzügigkeit festlegt und deshalb Schulen wegen Schülermangels schließen muss, dann sollte er selbstgemachte Behinderungen aufgeben oder freie Schulen, z.B. durch Vertrag, zur Flächendeckung heranziehen.

In einem Feld, in dem einerseits der Staat ausreichend für Schulplätze zu sorgen hat, die Kommunen andererseits aber wegen ihrer Infrastruktur an einer örtlichen Schule festhalten, wäre Raum für eine dem Grundgesetz entsprechende neue Form der Schulversorgung mit öffentlichen Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft.



# Back up Chards

---

Mit Zusammenfassung Politik machen



# Eine Zusammenfassung der Studie

## Der letzte Punkte der Zusammenfassung

---

Am Ende steht immer die Kernaussage, die alle registrieren und verinnerlichen

# ALLGEMEINBILDENDE PRIVATSCHULEN IN DEUTSCHLAND – BEREICHERUNG ODER GEFÄHRDUNG DES ÖFFENTLICHEN SCHULWESENS?

## – Eine Zusammenfassung der Studie –

**Prof.Dr.Manfred Weiß** Deutsches Institut für Internationale  
Pädagogische Forschung

- 6. Soziale und ethnische Segregation** ist eine faktische Begleiterscheinung eines parallel zum öffentlichen Schulsystem existierenden Privatschulwesens. Dieses international zu beobachtende Phänomen trifft mit Einschränkungen auch auf die deutsche Situation zu. Die Einschränkung bezieht sich darauf, dass im Sekundarbereich die Schulform für die entscheidende soziale (und ethnische) Vorselektion der Schüler sorgt. Die Trägerschaft der Schule hat einen moderaten zusätzlichen Selektionseffekt. Die von unserem gegliederten Schulsystem ausgehenden Segregationswirkungen werden dadurch verstärkt.



# GEW: Keine Privatschulen, wenn Existenz staatlicher Schulen gefährdet ist

---

## DIE BESTE SCHULE FÜR JEDES KIND – ÜBERLEGUNGEN ZUR ENTWICKLUNG VON PRIVATSCHULEN UND ÖFFENTLICHEN SCHULEN<sup>1</sup>

**Marianne Demmer** Stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft

### Resümee

Privatschulen sind durch das Grundgesetz garantiert. Es ist müßig sie zu bekämpfen. Privatschulen stehen jedoch wie das gesamte Schulwesen unter staatlicher Aufsicht. Daran ist mit Nachdruck zu erinnern:

**Erstens** muss der Staat seine Aufsichtsfunktion in allen Bereichen auch über Privatschulen *aktiv* wahrnehmen.

**Zweitens** muss der Staat die Rolle definieren, die Privatschulen innerhalb des Schulsystems spielen sollen. Dazu gehört zum Beispiel, das „Sonderungsverbot“ des Grundgesetzes nach den Besitzverhältnissen neu zu definieren und klarzustellen, dass Schulen *nicht* den Status als *Ersatzschule* mit den entsprechenden staatlichen Zuschüssen erhalten können, wenn sie *durchschnittlich* ein sozial unverträgliches Schulgeld erheben, das höher als 150 Euro monatlich ist. Dazu gehört auch, Schulen in freier Trägerschaft dort nicht zu genehmigen, wo sie die Existenz des staatlichen Schulangebotes gefährden.

